



I Z A

COMPACT

DIE ZUKUNFT DER ARBEIT DENKEN

Inflation und Arbeitsmarkt – Geldpolitik kann Beitrag zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit leisten

Ein aktuelles Forschungsprojekt unter der Leitung von IZA-Programmdirektor *Dennis J. Snower* vermittelt neue Einsichten in den Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit. Dabei wird die bisherige Annahme in Frage gestellt, dass die Arbeitslosigkeit langfristig unabhängig von der Inflation verläuft. Die im Rahmen des Forschungsprojekts entwickelte Theorie zeigt auf, dass eine expansive Geldpolitik sehr wohl einen langfristig verringenden Einfluss auf die Arbeitslosigkeit nehmen kann. Erste theoretische und empirische Ergebnisse des Forschungsprojekts finden sich in mehreren IZA Discussion Papers (No. 635, 636, 645, 646) von *Liam Graham*, (Birkbeck College, London); *Marika Karanasou*, (Queen Mary College, London) *Hector Sala* und *Dennis J. Snower* (beide Birkbeck College, London).

Das Projekt beschäftigt sich mit den folgenden Fragen:

- ▶ Wie werden Sozialprodukt, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von der Geldpolitik beeinflusst?
- ▶ Gibt es eine bestimmte Arbeitslosenquote – als NAIRU („Non-accelerating inflation rate of unemployment“) bezeichnet – bei der die Inflation konstant ist?
- ▶ Fällt die Inflation unbegrenzt, wenn die Arbeitslosenquote über der NAIRU liegt; und steigt sie unbegrenzt, wenn sich die Arbeitslosigkeit unterhalb der NAIRU bewegt?
- ▶ Welches Ziel sollte die Geldpolitik verfolgen? Ist ihre Beschränkung auf das Erreichen einer bestimmten Inflationsrate sinnvoll?

Bisherige Sichtweise

Der Tradeoff zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit stellt eines der ältesten Probleme in der Makroökonomie dar und ist wahrscheinlich die wichtigste Beziehung in der Volkswirtschaft. Viele Rezessionen der Nachkriegszeit

sind aufgetreten, als eine restriktive Geldpolitik eingeführt wurde, um die Inflation zu verringern. Expansive Geldpolitik spielte eine bedeutende Rolle in der amerikanischen Hochkonjunktur der neunziger Jahre. Ebenso lassen die Entscheidungen der europäischen Zentralbank die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Europa nicht unberührt. Es ist deshalb von zentraler Wichtigkeit zu verstehen, wie Inflation mit Arbeitslosigkeit zusammenhängt und wie Geldpolitik diese Aktivitäten beeinflusst.

Seit *Alban W. Phillips* einen inversen Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit in Großbritannien im Zeitraum 1861-1957 feststellte, wird seine Phillips-Kurve als „Tatsache auf der Suche nach einer Theorie“ bezeichnet. Die Phillips-Kurve konnte die makroökonomischen Entwicklungen bis zum Ende der sechziger Jahre durchaus treffend beschreiben. In den späten sechziger Jahren stellten *Edmund Phelps* und *Milton Friedman* diesen Tradeoff zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit jedoch grundlegend in Frage. Ihrer Argumentation zufolge sind nominale Löhne und Preise irrelevant für die ökonomischen Entscheidungen des Individuums. Der Einzelne unterliegt keiner „Geldillusion“, besitzt also nicht die Vorstellung, dass das absolute Lohn- und Preisniveau Einfluss auf seine Entscheidung nimmt. Vielmehr hängt die Nachfrage der Firmen nach Arbeitskräften und das Arbeitskräfteangebot der Haushalte vom Lohnniveau relativ zum Preisniveau ab. Demzufolge dürfte der Inflationsrate keine Bedeutung für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zukommen. Da die Arbeitslosigkeit von den realen Löhnen abhängt (Löhne im Verhältnis zu Preisen), sollte eine gegebene Arbeitslosenrate zu jeder Inflationsrate kompatibel sein.

Diese Theorie erscheint einleuchtend. So hat etwa die Einführung des Euro nicht zu starken

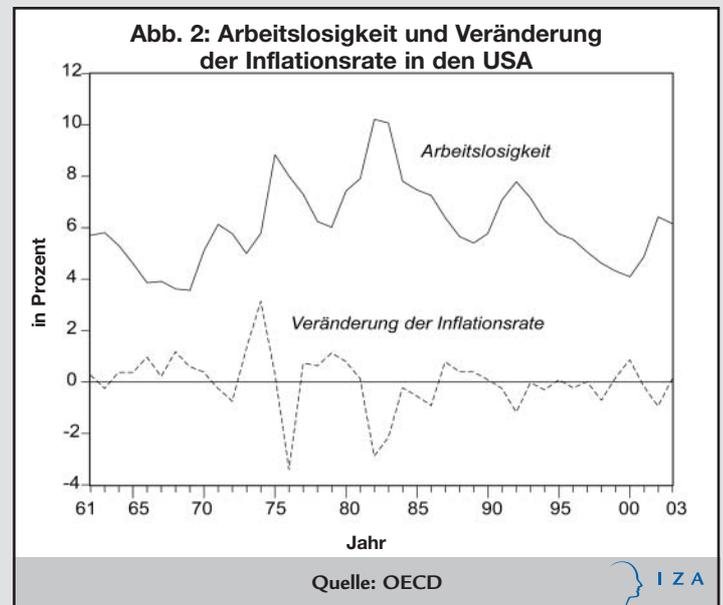
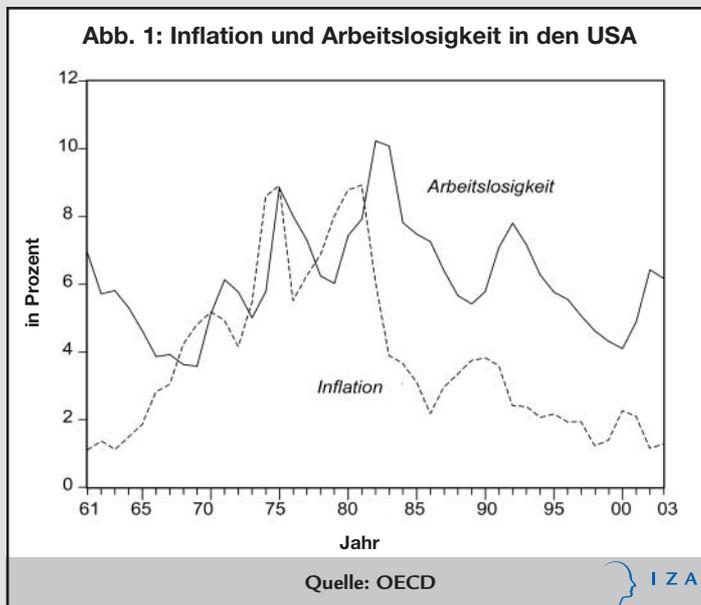
Schwankungen der Arbeitslosigkeit in Europa geführt, da die Recheneinheit, in der Löhne und Preise berechnet werden, letztlich für Unternehmen und Arbeitnehmer gleichermaßen irrelevant ist. Entscheidende Bedeutung kommt vielmehr ihrer Kaufkraft zu. Analog hierzu kann argumentiert werden, dass Geldpolitik keine Langzeitauswirkungen auf Arbeitslosigkeit hat. Änderungen der Geldmenge bedeuten gleichfalls lediglich eine Veränderung in der Recheneinheit. So lange alle Löhne und Preise sich proportional zur Geldmenge entwickeln, sollte die Arbeitslosigkeit davon nicht betroffen sein.

Kurzfristig mögen die Erwartungen der Individuen zwar von der realen Entwicklung abweichen. Wenn beispielsweise in Lohnverhandlungen eine expansive Geldpolitik antizipiert wird, passen sich Löhne nicht umgehend an. Das kann dazu führen, dass die Löhne relativ zu den Preisen fallen. Dies hat wiederum zur Folge, dass Unternehmen mehr Arbeitskräfte nachfragen und die Arbeitslosigkeit sinkt. Doch solche Fehleinschätzungen haben nicht lange Bestand. Da Informationen zu Löhnen, Preisen und geldpolitischen Instrumenten verfügbar sind, wird eine systematische Fehleinschätzung binnen kurzem korrigiert werden. Das gilt auch in Bezug auf die entstehenden Kosten von Preisänderungen oder zeitlich gestaffelte Lohn-Preis-Verträge, die den anstehenden Angleichungsprozess wohl verzögern, aber nicht längerfristig aufhalten können.

Geldpolitik kann also – diesem Modell folgend – nur sehr kurzfristige Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit und andere volkswirtschaftliche Größen entfalten und beeinflusst letztlich kaum mehr als die Inflation. Bei zu hoher Inflation ist es wichtig, dass die geldpolitische Institution glaubwürdig zur Reduzierung der

In dieser Ausgabe

Inflation und Arbeitslosigkeit	1	IZA unterstützt Bonn Graduate School of Economics	9
IZA Prize in Labor Economics 2003	4	IZA-Personalien: Armin Falk / Christian Belzil	9
Workfare in Deutschland?	5	Kurzberichte	10
Arbeitslosigkeit in der Schweiz	6	Discussion Papers / Gastwissenschaftler	11
IZA Tower Talk mit Florian Gerster	8	Meinung	12
K. F. Zimmermann verlängert Vertrag als IZA-Direktor	9		



Inflation beiträgt, da sich die Erwartungen der Menschen dann entsprechend schnell anpassen. Im Ergebnis kann die Inflation reduziert werden, ohne dass dabei die Arbeitslosigkeit anhaltend steigt.

Diese Interpretation setzte sich zunehmend durch, als in den siebziger Jahren scheinbar der Tradeoff zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit nicht mehr gegeben war, sondern in vielen OECD-Staaten ansteigende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig wachsender Inflation zu beobachten war. *Abbildung 1* [▲], in der die Arbeitslosen- und Inflationsrate zwischen 1961 und heute dargestellt ist, macht diesen Bruch sehr deutlich: Lediglich im Verlauf der sechziger Jahre entwickelten sich Inflation und Arbeitslosigkeit in entgegengesetzte Richtungen, verliefen dagegen im nächsten Jahrzehnt oft parallel zueinander. Vor diesem Hintergrund kamen die meisten Ökonomen zu dem Schluss, dass zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation kein Zusammenhang bestehe. Vielmehr gebe es eine spezifische Arbeitslosenquote (die sogenannte NAIRU), bei der die Inflation unverändert bleibe. Gemäß dieser Deutung steigt die Inflation unaufhörlich, wenn die Arbeitslosigkeit unter die NAIRU fällt; bei einem Anstieg der Arbeitslosigkeit über die NAIRU entsteht hingegen unbegrenzte Deflation. Dieser inverse Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und der Veränderung der Inflation wurde zum Konsensansatz in der Makroökonomie. Er wird in *Abbildung 2* [▲] für die USA dargestellt – dort ist er zwar nicht sehr stark ausgeprägt, aber doch erkennbar vorhanden.

Schwächen des Konsensansatzes

Über drei Jahrzehnte bildeten diese Überlegungen das Fundament der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung auf diesem Gebiet. Im Lichte neuer Einsichten und Erkenntnisse müssen sie heute jedoch mehr denn je in Frage gestellt werden.

So kollidiert die Perspektive, dass Geldpolitik lediglich die Inflation beeinflusse, unmittelbar mit der Denkweise und praktischen Erfahrung von Banken und Politik (mit der Ausnahme sehr kurzer Zeiträume, in denen Erwartungen

unrealistisch sein können und die Kosten der Anpassung von Preisen und Löhnen oft signifikant sind). Andernfalls wäre Geldpolitik leicht zu betreiben, denn die Inflationsziele wären durch Manipulation der Geldmenge erreichbar, ohne dass dies zu höherer Arbeitslosigkeit oder geringerer Produktion führte.

Ferner gelingt es kaum noch, anhand der vorherrschenden Theorie den langfristigen Tradeoff zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit zu erklären, so wie ihn A. W. Phillips und andere Wissenschaftler für lange Zeiträume vor 1970 dokumentiert hatten. Seitdem konnte immer häufiger beobachtet werden, dass Länder, die einen starken und lang anhaltenden Inflationsrückgang erfahren, gleichzeitig einen Anstieg ihrer NAIRU verzeichnen, mithin also einen langfristig inversen Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit aufweisen.

Dieser Zusammenhang wird in den *Abbildungen 3a-d* [▶] dargestellt: In Frankreich, Deutschland, Spanien und Großbritannien verschwand die inverse Relation zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit zwar während der siebziger Jahre, trat jedoch später erneut auf. Anders als in den USA, lässt sich in diesen Ländern kaum ein Beleg dafür finden, dass der Inflation-Arbeitslosigkeit-Tradeoff durch einen Tradeoff zwischen Arbeitslosigkeit und Inflationsveränderungen ersetzt worden ist.

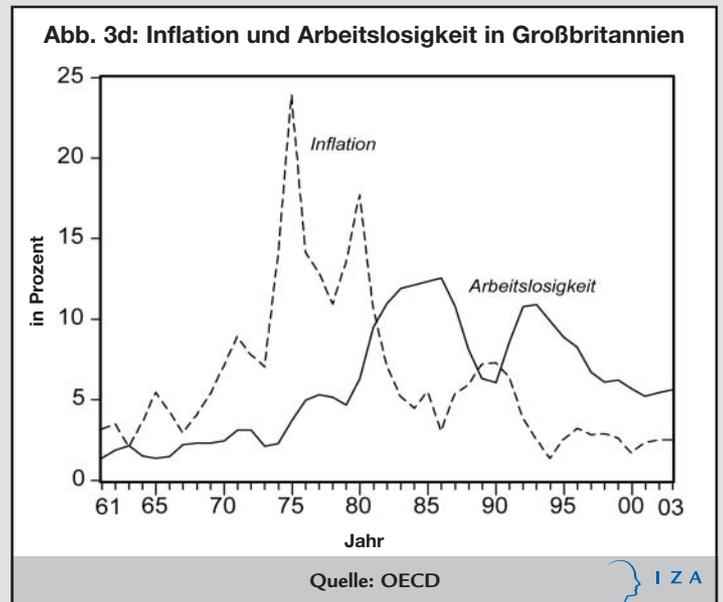
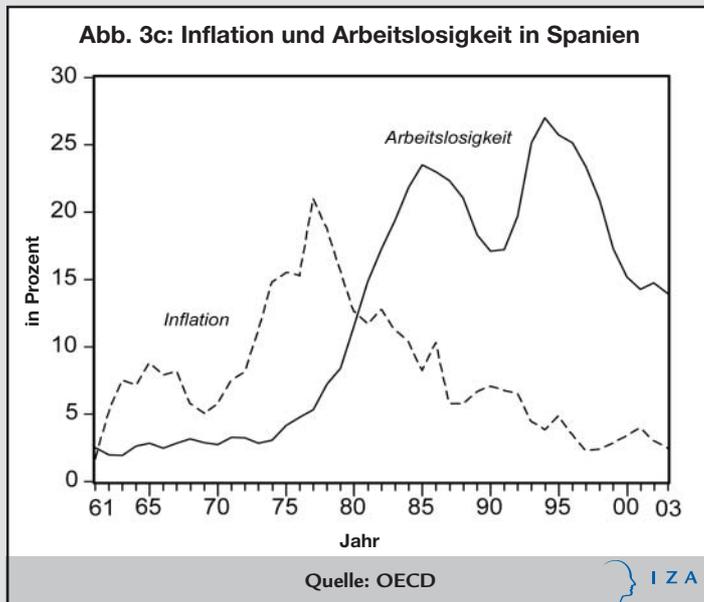
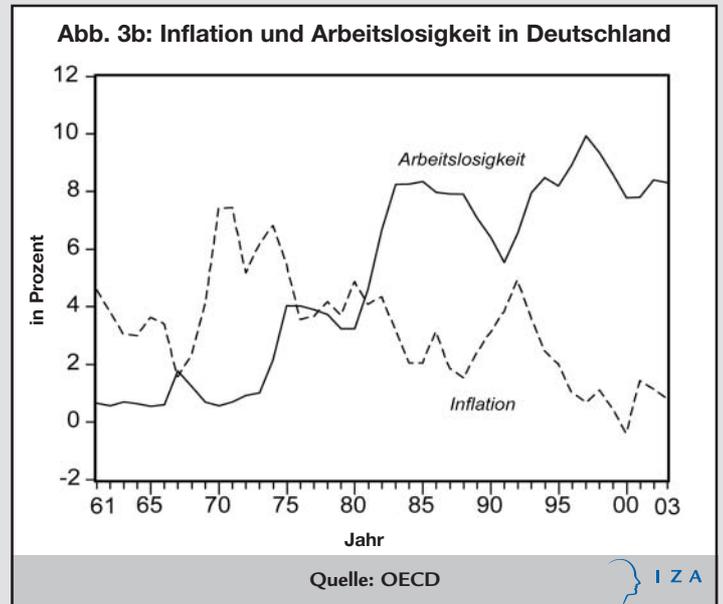
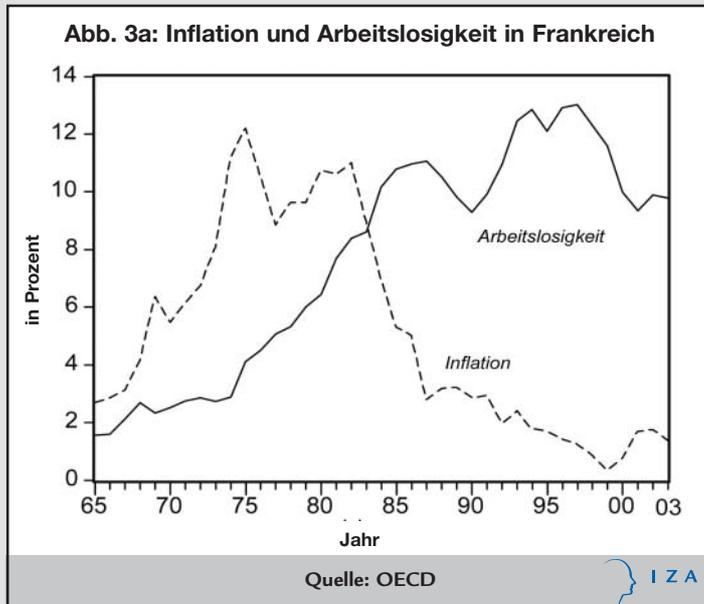
Ausgehend von der Annahme einer über die Zeit sehr stabilen NAIRU gibt es so gut wie keine Anzeichen dafür, dass die Inflation bei niedriger Arbeitslosigkeit unbegrenzt steigt und bei hoher Arbeitslosigkeit unbegrenzt fällt. Unterstellt man hingegen Veränderungen der NAIRU im Zeitverlauf – in Einklang mit der NAIRU-Theorie – müsste die NAIRU in Europa während der siebziger Jahre, dem Großteil der achtziger und den frühen neunziger Jahren zugenommen haben, da in dieser Zeit die Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig relativ stabiler Inflation gestiegen ist. Die Gründe für eine solche Entwicklung in den siebziger Jahren scheinen auf der Hand zu liegen: In dieser Zeit erlebten viele europäische Staaten massive demographische Veränderungen (Eintritt von Frauen

und jungen Menschen in den Arbeitsmarkt), einen Anstieg des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, eine Ausweitung der Arbeitslosenunterstützung und anderer Sozialleistungen sowie schärfere Gesetze zur Arbeitsplatzsicherung. Doch diese Trends fanden in den achtziger und neunziger Jahren ein Ende oder verkehrten sich in manchen europäischen Ländern gar in ihr Gegenteil. Auch der angebliche Rückgang der NAIRU in den USA in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre – als die Arbeitslosigkeit bei unveränderter Inflation zurückging – kann schwer erklärt werden.

In der Rückschau lassen sich leicht immer neue Konstellationen ökonomischer Größen ausfindig machen, die die NAIRU im Sinne der zugrundegelegten Theorie in die eine oder andere Richtung beeinflussen haben mögen. Doch dies lässt das Unbehagen gegenüber einer fragwürdig gewordenen ökonomischen Theorie nur noch wachsen.

Der neue Ansatz: Friktionales Wachstum

Die im Rahmen des IZA-Forschungsprojekts entwickelte Betrachtungsweise des Tradeoffs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit basiert auf den folgenden vier Hauptgesichtspunkten: (1) Bei zeitlich überlappenden Lohn-Preis-Verträgen (durch die Löhne oder Preise über die Vertragsdauer fixiert werden) zeigt sich, dass die gegenwärtigen Löhne abhängig von den Löhnen in der Vergangenheit und der Zukunft sind. (2) Aktuelle Löhne orientieren sich stärker an den Löhnen der Vergangenheit, sofern die bei der Lohnbildung zu berücksichtigenden Risiken der Zukunft erheblich sind. Da die Preise ebenfalls in unmittelbarem Zusammenhang mit den Löhnen stehen, gilt auch hier, dass aktuelle Preise stärker von früheren als von zukünftigen Preisen abhängen. Der Grund liegt auf der Hand: Die Preise, die in der Vergangenheit festgesetzt wurden, sind gewiss und haben aktuelle Gültigkeit, wohingegen zukünftige Löhne unsicher und noch nicht in Kraft sind. (3) Unter diesen Umständen reagiert die Inflation sehr zögerlich auf monetäre Schocks. Dies führt dazu, dass sich das Preisniveau bei steigender Geldmenge nach einer beweglichen



Zielgröße richtet. Diese Größe wird als „friktionsloses Preisniveau“ bezeichnet; sie gibt damit an, wie hoch das Preisniveau ohne nominale Friktionen wäre.

(4) Wenn die Geldmenge bei angenommener Preisträgheit steigt, passen sich die Preisgleichungen, die auf jede sukzessive Veränderung der Geldmenge erfolgen, nie völlig an. Während das aktuelle Preisniveau noch auf den Anstieg der Geldmenge reagiert, wächst diese bereits weiter. In der Folge kommt es zu einer erneuten Preis Anpassung, so dass das Preisniveau dem steigenden Geldangebot stets „hinterherhinkt“. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen aktuellem und vergangener Preisniveau führt ein Anstieg des Geldangebotes schließlich zu einem noch weiteren Zurückbleiben des Preisniveaus hinter seiner Zielgröße. Während das friktionslose Preisniveau proportional zum Geldangebot steigt, wächst das gegenwärtige Preisniveau unterproportional. Damit fällt es noch weiter hinter das Geldangebot zurück. In der Folge nimmt die Kaufkraft der Konsumenten zu und führt daher zu

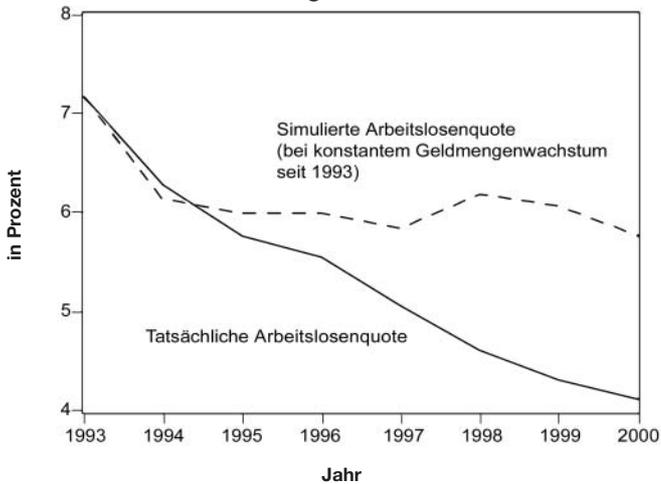
sinkender Arbeitslosigkeit. Somit ergibt sich ein langfristiger Tradeoff zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit.

Die vorstehenden Überlegungen verdeutlichen, dass die herkömmliche Argumentation falsch ist, Geldpolitik könne (aufgrund fehlender Geldillusion) die Arbeitslosigkeit langfristig nicht beeinflussen. Existiert keine Geldillusion, hat eine proportionale Lohn- oder Preisänderung keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen der Individuen. Doch unter dem Einfluss von Inflationsträgheit und Geldmengenwachstum entwickeln sich Löhne und Preise eben nicht proportional zur Geldmenge. Daher bedeutet das Fehlen einer Geldillusion keineswegs, dass Geldpolitik langfristig keinen Einfluss auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nehmen kann.

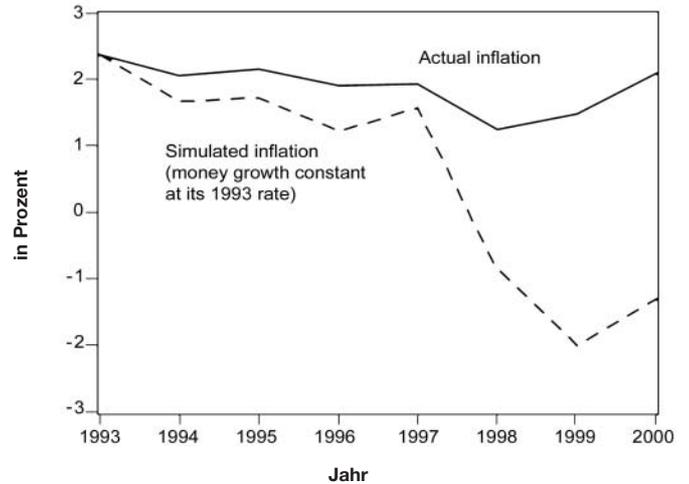
Implikationen

Der hier vorgestellte wissenschaftliche Ansatz verlangt eine Neubeurteilung des Einflusses der Geldpolitik auf makroökonomische Vorgänge. Als Beispiel lässt sich die Entwicklung der amerikanischen Volkswirtschaft in den neunziger

Jahren anführen, in deren Verlauf die Inflation bei sinkender Arbeitslosigkeit gedämpft blieb, obwohl das Geldmengenwachstum stark ausgeprägt war. Die Bedeutung der Geldpolitik in den USA wird in den *Abbildungen 4 a - c* anhand eines „friktionalen“ Wachstumsmodells illustriert: *Abbildung 4a* zeigt die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitslosigkeit gegenüber einer möglichen Entwicklung unter der Annahme eines seit 1993 konstanten Geldmengenwachstums. Der Unterschied zwischen den beiden Kurvenverläufen dokumentiert den sehr wohl erheblichen Einfluss des Geldmengenwachstums auf die Arbeitslosigkeit. *Abbildung 4b* veranschaulicht die tatsächliche Inflationsrate gegenüber einer simulierten Inflationsrate (wiederum bei Konstanz des Geldmengenwachstums von 1993) und belegt somit den allein durch das Geldmengenwachstum erzielten Inflationseffekt. Aus *Abbildung 4c*, die die tatsächliche Inflationsrate im Gegensatz zur simulierten Inflationsrate (bei seit 1993 konstantem Produktivitätswachstum) angibt, geht der durch das Produktivitätswachstum bedingte Inflationseffekt unmittelbar hervor.

Abb. 4a: Geldmengenwachstum und Arbeitslosigkeit in den USA

Quelle: IZA Discussion Paper No. 636

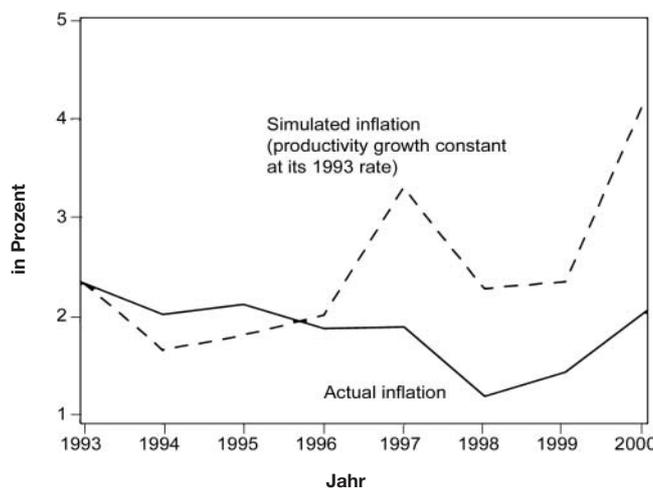
**Abb. 4b: Geldmengenwachstum und Inflation in den USA**

Quelle: IZA Discussion Paper No. 636



Obwohl die hier aufbereiteten Daten noch kein vollständiges Bild ergeben, lassen sie einige interessante Schlussfolgerungen zu: Die plötzliche Zunahme des Geldmengenwachstums in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in den USA begründet zwei Drittel des Rückgangs der Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum (Abb. 4a). Das gestiegene Geldmengenwachstum hätte zu einem Anstieg der Inflation geführt (Abb. 4b), hätte das ansteigende Produktivitätswachstum nicht eine entgegengesetzte Tendenz aufgewiesen. Der Anstieg des Produktivitätswachstums wiederum wurde durch die expansive Geldpolitik und die damit verbundene Kapitalbildung angeregt.

Insgesamt stellt die Analyse von friktionalem Wachstum einen vielversprechenden Ansatz zur Beurteilung von Geldpolitik und ihren Implikationen dar. Wesentlich erscheinen dabei vor allem die folgenden Aspekte:

Abb. 4c: Produktivitätswachstum und Inflation in den USA

Quelle: IZA Discussion Paper No. 636



► Aufgrund fehlender Lohn- und Preisreaktionen muss eine expansive Geldpolitik nicht unmittelbar mit einer plötzlich ansteigenden Inflation einhergehen.

► Geldpolitik kann Arbeitslosigkeit verringern, ohne dabei einen unkontrollierten Inflationsanstieg zu verursachen. Umgekehrt kann sie die Arbeitslosigkeit steigen lassen, ohne zu Deflation zu führen.
 ► Der Langzeiteffekt von Geldpolitik auf die Arbeitslosigkeit lässt eine Erweiterung des Aufgabenfeldes von Zentralbanken und Politik ratsam erscheinen: Erstrebenswert ist möglicherweise eine Geldpolitik, die sich nicht länger allein auf die Bekämpfung der Inflation beschränkt, sondern auch den Arbeitsmarkt in den Blick nimmt.

Angesichts dessen ist eine „Renaissance der Geldpolitik“ angezeigt: Sie kann fraglos größeren und nachhaltigeren Einfluss auf makroökonomische Vorgänge und insbesondere auf die Arbeitslosigkeit nehmen, als ihr dies die bisherige Sichtweise zugetraut hat.

IZA Prize in Labor Economics 2003 – Start des Nominierungsverfahrens

Das IZA lädt alle Research Fellows dazu ein, sich auch in diesem Jahr am Nominierungsverfahren für den IZA Prize in Labor Economics zu beteiligen. Der Preis wird für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Arbeitsökonomie vergeben und ist mit 50.000 Euro dotiert. Im vergangenen Jahr war *Jacob Mincer* (Columbia University, New York) erster Preisträger.

Das IZA Prize-Auswahlkomitee versammelt mit *George A. Akerlof* (University of California, Berkeley), *Gary S. Becker* (University of Chicago) und *James J. Heckman* (University of Chicago) erneut drei Gewinner des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften. Zudem sind IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und IZA-Forschungsdirektor *Gerard A. Pfann* in dem Gremium vertreten.



Wie im vergangenen Jahr hat das IZA ein elektronisches Nominierungsverfahren exklusiv für seine Research Fellows eingerichtet. Unter www.iza-prize.org (bzw. unter der Rubrik „IZA Prize“ auf der IZA-Homepage) besteht die Möglichkeit, unmittelbar einen Vorschlag an das Auswahlkomitee einzureichen. Fragen und Anregungen zum IZA Prize sind willkommen unter prize@iza.org.

Das Nominierungsverfahren endet am 31. Mai 2003. Im Anschluss trifft das Auswahlkomitee seine Entscheidung. Die offizielle Preisverleihung wird am 22. September 2003 in Berlin stattfinden. Zuvor wird der diesjährige Preisträger durch das IZA öffentlich bekanntgegeben. Alle IZA Research Fellows sind herzlich eingeladen, an der Preisverleihung in Berlin teilzunehmen. Näheres zu den Teilnahmemodalitäten teilt das IZA auf Anfrage mit.

„Workfare“ auf dem deutschen Arbeitsmarkt?

Noch scheint der Weg weit zu einer Generalreform des deutschen Arbeitsmarktes, die diesen wieder in die Erfolgsspur zurückbringt. Auch die jüngste Regierungserklärung des deutschen Bundeskanzlers hat kein umfassendes Reformkonzept für den Arbeitsmarkt erkennen lassen, enthält aber zumindest doch einige Bausteine, die es nun unmittelbar umzusetzen – und auszubauen – gilt. Insbesondere ist das Vorhaben zu begrüßen, fortan die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld deutlich zu reduzieren und zugleich die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer neuen steuerfinanzierten Existenzsicherung zusammenzufassen. Der damit verbundene Anreiz zur Arbeitsaufnahme bzw. zur Beschäftigung von Arbeitslosen wird einen Beitrag zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit leisten. Allerdings bleiben diese Maßnahmen auf halbem Wege stehen.

Gelegentlich wird eine darüber hinausgehende Reduzierung des Niveaus der staatlichen Existenzsicherung gefordert, um einen wirksameren Arbeitsmarkteffekt zu erzielen. Dies begegnet jedoch erheblichen Vorbehalten im Hinblick auf das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Das IZA plädiert deshalb nachdrücklich dafür, die Gewährung der sozialen Existenzsicherung an die Bereitschaft zur Gegenleistung in Form der Annahme einer sozial nützlichen Tätigkeit zu knüpfen. Erst durch die Verknüpfung von korrigierten Bezugsansprüchen mit einem solchen „Workfare“-Prinzip wird es gelingen können, eine dauerhaft entlastende Arbeitsmarktwirkung zu entfalten.

Der Hintergrund für diesen weitergehenden Vorschlag ist in der besonders nachteiligen Arbeitsmarktsituation von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen zu sehen. In Deutschland hat die Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten ein prekäres Ausmaß angenommen. Der EU-weite Durchschnitt der Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten unterschreitet das deutsche Niveau aktuellen OECD-Daten zufolge um mehr als 30%; in Deutschland machen die ca. 1,5 Millionen geringqualifizierten Arbeitslosen fast 40% aller Arbeitslosen aus. Auch im Hinblick auf die Langzeitarbeitslosigkeit übertrifft Deutschland den ohnehin hohen europäischen Durchschnitt. Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven dieser Gruppen sind deshalb vordringlich.

Zielgruppe von „Workfare“

Ausgangspunkt konkreter Überlegungen muss die Frage nach dem prinzipiellen Umfang der Zielgruppe von entsprechenden Arbeitsmarktprogrammen sein. Zieht man die amtliche Statistik und die Informationen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) heran, so dürfte allein unter den Beziehern von Sozialhilfe ein Potenzial von rund 750.000 arbeitsfähigen Leistungsempfängern vorhanden sein. Ein aktueller Bericht des Statistischen Bundesamtes an die Bunderegierung schätzt diese Zahl sogar auf über eine Million. Bei dieser Kalkulation sind bereits die diversen einschränkenden Merkmale familiärer oder gesundheitlicher Natur berücksichtigt.

Hinzu kommen etwa 1,7 Millionen Arbeitslose, darunter außer Ungelernten und Geringqualifizierten auch Langzeitarbeitslose mit beruflicher Ausbildung. Selbst wenn eine große Schnittmenge von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern berücksichtigt werden muss, ergibt sich auf diese Weise eine Größenordnung von über 2 Millionen Personen, die als Zielgruppe von Maßnahmen im Niedriglohnbereich in Betracht kommen.

Anreiz zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung

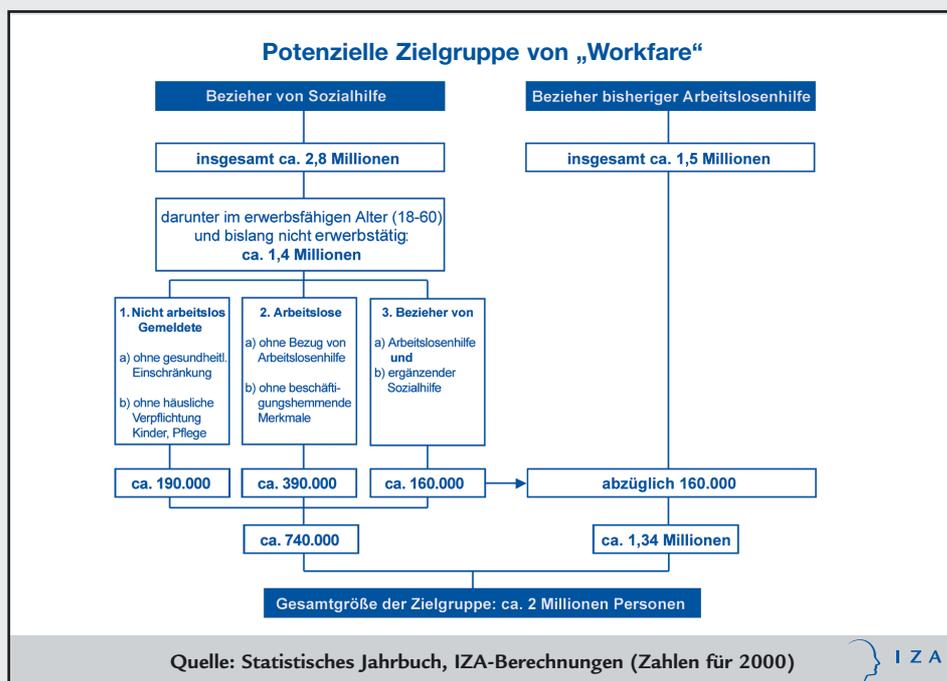
Die positiven Effekte der verschiedenen in Deutschland praktizierten oder diskutierten Kombilohnmodelle sind denkbar gering (siehe dazu: H. Schneider/K.F. Zimmermann/H. Bonin /H. Brenke/J. Haisken-DeNew/W. Kempe, *Beschäftigungspotenziale einer dualen Förderungsstrategie im Niedriglohnbereich*, IZA Research Report No. 5). Vor diesem Hintergrund drängt sich die Realisierung eines Konzeptes auf, das die Gewährung der sozialen Existenzsicherung für arbeitsfähige Transferempfänger nach dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung von der Übernahme einer sozial nützlichen Tätigkeit abhängig macht (vgl. dazu zuletzt: K. F. Zimmermann, *Beschäftigungspotenziale im Niedriglohnbereich*, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 72/2003, Heft 1, S. 11-24 sowie H. Bonin, W. Kempe, H. Schneider, *Kombilohn oder Workfare? Zur Wirksamkeit zweier arbeitsmarktpolitischer Strategien*, IZA Discussion Paper No. 587).

Jedem transferberechtigten und arbeitsfähigen Erwerbslosen wird gemäß diesem Prinzip seitens lokaler Dienststellen eine sozial nützliche, öffentliche (Vollzeit-)Beschäftigung angeboten. Der dafür gezahlte Sozialhilfeloohn wird wie bisher von der Familienzusammensetzung abhängig gemacht. Dieser Lohn konkurriert im Kalkül des Einzelnen unmittelbar

mit dem Marktlohn bei Aufnahme einer regulären Beschäftigung, da beide Tätigkeiten den gleichen Zeiteinsatz erfordern.

Im Falle der Einführung eines solchen, zur Arbeit aktivierenden Systems werden rational handelnde Individuen sich dafür entscheiden, den eingetretenen Nutzenverlust soweit wie möglich zu verringern. Das führt sie folgerichtig zu der Entscheidung auf Sozialhilfe zu verzichten, sobald sich eine reguläre Beschäftigungsmöglichkeit mit besseren Einkommensaussichten bietet. Ein einfaches Rechenbeispiel zeigt, dass die Sorge vor einem überbordenden staatlichen Beschäftigungssystem nicht begründet ist: Das soziale Mindesteinkommen für einen Alleinstehenden ohne Kinder entspräche bei Umrechnung auf eine sozial nützliche Vollzeitbeschäftigung einem impliziten Stundenlohn von rund 3,50 Euro. Der Staat wäre also nur in der Pflicht, für diejenigen Sozialhilfeempfänger sozial nützliche Tätigkeiten und Qualifizierung anzubieten, die selbst diese Nettolohnschwelle auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht übertreffen können. Das wäre IZA-Analysen zufolge ein minimaler Prozentsatz, für den bundesweit nur eine geringe Zahl sozial nützlicher Arbeitsplätze bereitgestellt werden müsste.

Konsequenterweise müsste öffentliche Beschäftigung natürlich auch für die Dauer der Suche nach regulärer Beschäftigung ermöglicht werden. In der Einführungsphase von „Workfare“ könnte dies in größerem Umfang notwendig werden, da der erste Arbeitsmarkt Zeit benötigt, um auf die vermehrte Präsenz von Geringverdienern mit dem Angebot entsprechender Arbeitsplätze zu reagieren. Mittel- und langfristig aber dürfte der Bedarf an öffentlich bereitzustellenden Arbeitsplätzen denkbar gering sein.



Die positiven Beschäftigungseffekte lassen sich noch steigern, falls es beispielsweise gelingt, durch adäquate Kinderbetreuungseinrichtungen die Erwerbsfähigkeit von Sozialhilfeempfängern mit Kindern im Vorschulalter sicherzustellen und ihnen die Beschäftigungsaufnahme zumutbar zu machen. Dann könnten schätzungsweise 100.000 Erwerbslose zusätzlich aktiviert werden. Auch bei Älteren ist nennenswertes Aktivierungspotenzial wahrscheinlich, wenn sie dadurch die Alternative sozial nützlicher Arbeit vermeiden können. Durch „Workfare“ können im Übrigen nach einer Übergangsfrist massive Nettoeinsparungen erzielt werden. Eine Modellrechnung des IZA ergibt ein Einsparpotenzial von über 8 Milliarden Euro, selbst wenn die Kriterien der Erwerbsunfähigkeit weit gefasst werden.

Mut zu neuen Wegen

Die einfache Alternative, entweder eine sozial nützliche Arbeit als Gegenleistung für die soziale Existenzsicherung aus Steuermitteln zu übernehmen, oder auf dem regulären Arbeitsmarkt Beschäftigungschancen zu nutzen, erschließt ein erhebliches Beschäftigungspotenzial.

Für die weitaus meisten erwerbsfähigen Transferempfänger wird die Aufnahme einer regulären Beschäftigung lohnend, weil sie bei gleicher Arbeitszeit ein höheres Nettoeinkommen erzielen können. Auch wird eine klar definierte Zielgruppe erreicht, so dass fiskalisch ineffiziente Mitnahmeeffekte vermieden werden können. Darüber hinaus umgeht der Mechanismus die „Teilzeitfalle“: Anders als bei einer direkten Subvention niedriger Einkommen besteht kein Anreiz zur Reduzierung des Arbeitsstundenangebots des Individuums. Nicht zuletzt reduziert „Workfare“ den potenziellen Missbrauch von Sozialhilfe und entkräftet zugleich den ungerechtfertigten Faulheitsvorwurf an die Adresse von Transferempfängern. Ein eindämmender Effekt tritt im Bereich der Schwarzarbeit ein, da die Möglichkeit entfällt, schattenwirtschaftliche Aktivitäten mit einer Inanspruchnahme sozialer Sicherungsleistungen bei unverändertem Zeiteinsatz zu verbinden.

Trotz dieser Vorteile ist die bisher geringe Akzeptanz des Konzeptes, beispielsweise in England, nicht überraschend. Die aus dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung resultierende Veränderung des Status Quo für erwerbsfähige

Sozialhilfeempfänger liefert zweifellos gesellschaftspolitischen Sprengstoff. Zudem sind die Interessen von Gewerkschaften und Arbeitsplatzbesitzern unmittelbar berührt. Durch eine Aktivierung von Sozialhilfeempfängern entsteht ein Niedriglohnsektor, der die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer beschränkt und einen – allerdings marginalen – Lohndruck auf die Arbeitsmarkt-Insider ausübt.

Dennoch erfordert die dramatisch schlechte Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt Maßnahmen, die in diese Richtung wirken. Deutschland könnte an dieser Stelle den Beweis antreten, dass es dazu fähig ist, grundsätzlich neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik zu gehen, die zu einer dauerhaft wirksamen Reduzierung der Arbeitslosigkeit beitragen können. Weder die bisherige Umsetzung des Hartz-Konzepts noch die jüngst vorgestellten arbeitsmarktpolitischen Vorhaben der Bundesregierung allein werden ausreichen dieses Ziel zu erreichen. Dazu ist mehr nötig – eine fundamental greifende Aktivierung zur Arbeit durch „Workfare“.

Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten – Sonderfall Schweiz?

Die Schweiz gilt als ein Land mit „traditioneller“ Vollbeschäftigung. Zwar erfuhr auch die dortige Wirtschaft in den neunziger Jahren einen bis dahin nicht gekannten Anstieg der Arbeitslosigkeit, doch im Unterschied zu anderen europäischen Staaten ist sie in der Schweiz nach 1997 relativ rasch wieder auf ein niedriges Niveau gesunken (Abbildung 1). Eine kürzlich veröffentlichte IZA-Studie hat die Situation gering qualifizierter Arbeitnehmer – auch in der Schweiz die vom Risiko der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffene Gruppe – untersucht und festgestellt, dass offenbar die in der Schweiz anzutreffende Mischung aus einer am US-Vorbild orientierten Deregulierung des Arbeitsmarkts und eines dem deutschen Modell vergleichbaren Ausbildungssystems ursächlich für den Erfolg des Landes bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist (Patrick A. Puhani, *The Rise and Fall of Swiss Unemployment – Relative Demand Shocks, Wage Rigidities, and Temporary Immigrants*, IZA Discussion Paper No. 684).

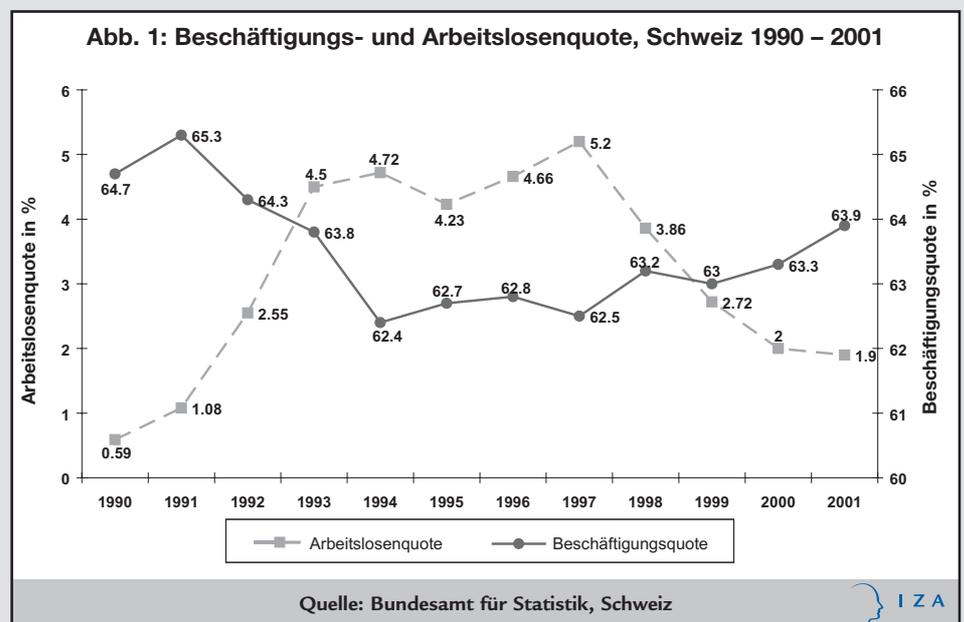
Deregulierter Arbeitsmarkt und duale Berufsausbildung

Der Schweizer Arbeitsmarkt zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus. Die OECD stuft die Schweiz hinsichtlich ihres Arbeitsmarktes, ähnlich wie die USA, als sehr deregulierte Volkswirtschaft ein. Darüber hinaus unterliegt die Schweizer Wirtschaft in weit geringerem Maße Flächentarifverträgen, als dies in Deutschland oder Frankreich nach wie vor der Fall ist. Auch sind Tarifverhandlungen in der Schweiz im Vergleich zu Deutschland wesentlich stärker dezentralisiert. So kann ein Tarifabschluss für einen ganzen Wirtschaftszweig gelten, aber sich auch nur auf eine bestimmte

Region oder lediglich ein Unternehmen beziehen. Diese vergleichsweise flexible Arbeitsmarktgesetzgebung nähert sich mehr der Situation in den USA als europäischen „Standards“ an, wohingegen sich die Schweiz mit der Kombination sowohl betrieblicher als auch schulischer Ausbildung in die „deutsche Tradition“ dualer Ausbildung stellt.

Angesichts des nur kurzen Zeitraums sehr hoher Arbeitslosigkeit in der Schweiz hat sich die IZA-Studie mit der Frage beschäftigt, ob die Lohnstruktur in der Schweiz auf potenzielle relative Nachfrageschocks entsprechend

flexibel reagiert und damit einen Wiederanstieg der Beschäftigung bewirkt hat. Schon allein auf Grund der in vielem mit amerikanischen Gegebenheiten vergleichbaren Schweizer Arbeitsmarktinstitutionen wäre dies plausibel. Zu berücksichtigen ist aber auch der starke Einfluss der Arbeitsmigration auf Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Schweiz – Immigranten stellen dort rund 25 Prozent der Beschäftigten. Neben anderen Arbeitsberechtigungen für Ausländer vergibt die Schweiz auf ein Jahr begrenzte Arbeitsvisa. Das eröffnet die Möglichkeit einer partiellen Steuerung des Arbeitskräfteangebots. Die



IZA-Studie hat deshalb auch analysiert, ob die Qualifikationsanforderungen an befristet einreisende ausländische Arbeitsmigranten dem Nachfragerückgang angepasst wurden. Insgesamt lässt die Untersuchung die folgenden Rückschlüsse zu:

(1) Kein Anstieg der Lohnungleichheit

Auch der Schweizer Arbeitsmarkt blieb in den neunziger Jahren nicht von einem negativen relativen Netto-Nachfrageschock für gering qualifizierte Arbeitnehmer verschont. Betroffenen waren davon jedoch allein Arbeitnehmer ohne abgeschlossenen Ausbildungsberuf, während flexible Arbeitsmarktstrukturen in Verbindung mit erfolgreich absolvierter Ausbildung andere geringer qualifizierte offenbar weitgehend vor Arbeitslosigkeit geschützt haben. Im Gegensatz zu den USA ist die Personengruppe der Ungelehrten in der Schweiz wesentlich kleiner. Dort ist deshalb kein Anstieg der Lohnungleichheit feststellbar, wie er in den USA stattgefunden hat.

(2) Lohnrigidität bei Geringqualifizierten

Die relativen Löhne der am geringsten qualifizierten Arbeitnehmer (ohne jegliche abgeschlossene Berufsausbildung) sind in der Schweiz trotz des negativen relativen Netto-Nachfrageschocks nicht gesunken. Obwohl der Einfluss der Gewerkschaften in der Schweiz deutlich geringer ausgeprägt ist als etwa in Deutschland, sind die „Gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne“ für nicht qualifizierte Arbeitnehmer zwischen 1999 und 2001 um 7 Prozent gestiegen. Zum Vergleich: Die Löhne der qualifizierten und hoch qualifizierten Arbeitnehmer verzeichneten im gleichen Zeitraum einen Zuwachs um nur 3 Prozent. Dies deutet darauf hin, dass die Politik der Gewerkschaften in der Schweiz Lohnrigiditäten für sehr gering qualifizierte Arbeitnehmer nach sich gezogen hat. Diese unflexiblen Löhne wiederum haben die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe ansteigen lassen. Angesichts der dezentralen Struktur des Schweizer Tarifverhandlungssystems ist dieses Ergebnis zunächst verwunderlich, kann aber nicht zuletzt auch mit der intensiven öffentlichen Diskussion über Mindestlöhne insbesondere zum Ende der neunziger Jahre erklärt werden. Ganz offenkundig vermögen öffentliche Debatten auch in dezentralisierten Volkswirtschaften Einfluss auf das Ergebnis von Lohnverhandlungen zu nehmen.

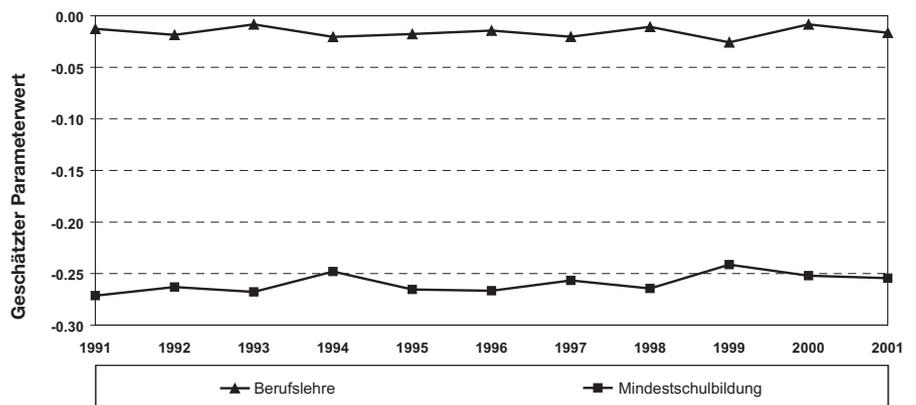
(3) Nur vorübergehende Anpassung der Arbeitsmigration

Die Schweiz hat den Anteil gering qualifizierter temporärer Arbeitsmigranten in der Phase der höchsten Arbeitslosigkeit reduziert. Doch schon im Jahr 2001 ist dieser Anteil dann wiederum angestiegen. Die Anpassung des „Qualifikationsmixes“ bei Arbeitsmigranten aufgrund des Nachfragerückgangs bei gering qualifizierten Arbeitnehmern war demnach offenkundig nur vorübergehender Natur. Dagegen ist die Lohnrigidität und der Anstieg der relativen Arbeitslosigkeit in der Gruppe der Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung konstant geblieben.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass in Zeiten des Technologiewandels, der sich besonders auf die benötigten Qualifikationen der Arbeitnehmer auswirkt, die Vorteile des Systems der dualen Berufsausbildung nach deutschem Vorbild deutlich werden. In den USA erhält die größte Gruppe der Geringqualifizierten (High School-Absolventen, Schulabbrecher) keine berufliche Ausbildung wie in Deutschland oder der Schweiz. Dies mag der Grund dafür sein, dass der Technologiewandel diese Gruppe auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt in den letzten beiden Jahrzehnten mit relativen und absoluten Einkommensein-

bußen konfrontiert hat. Umgekehrt gilt: Die Deregulierung der Schweizer Arbeitsmarktstrukturen hätte für die Gruppe der besonders gering qualifizierten Arbeitnehmer auch Lohnflexibilität nach angelsächsischem Vorbild umfassen sollen, um in diesem Segment Beschäftigung zu sichern oder neu zu schaffen. Statt dessen hat der öffentliche und gewerkschaftliche Druck, das Lohnniveau dieser Gruppe zu erhalten oder zu verbessern, sich zu Lasten der Betroffenen ausgewirkt: in ansteigender relativer Arbeitslosigkeit und Nichtbeschäftigung der Geringqualifizierten in der Schweiz.

Abb. 2: Relativer Lohn nach Ausbildungsgrad*, 1991 – 2001



* Referenz: Durchschnitt der Gesamtstichprobe 1991.

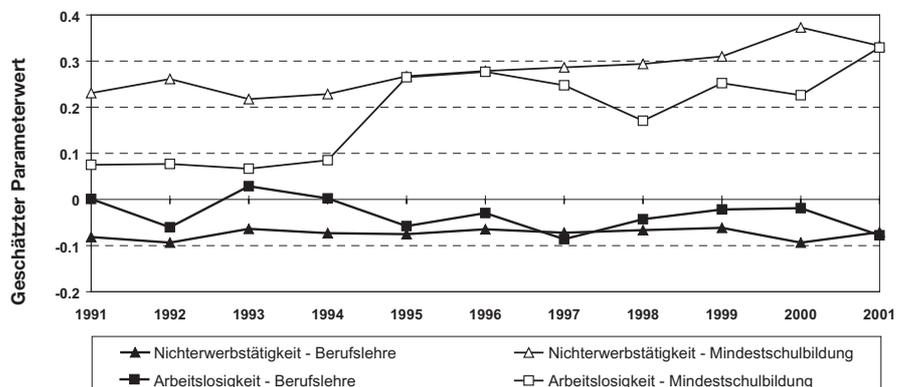
Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung



Abbildungen 2 und 3 beruhen auf Regressionen unter Berücksichtigung des Ausbildungsgrades. Ein negativer Parameterwert in Abbildung 2 zeigt an, dass der Lohn für die Mitglieder einer Ausbildungsgruppe im Mittel unter dem Lohn für den Durchschnitt der Gesamtstichprobe im Jahr 1991 liegt. Entsprechend besagt ein Anstieg des Parameterwerts, dass sich der Lohn für die betrachtete Gruppe gegenüber dem Lohn für ein Individuum mit durchschnittlichen Charakteristika verbessert hat. In Abbildung 3 bedeutet

ein positiver (negativer) Parameterwert, dass die Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit für die Mitglieder einer Ausbildungsgruppe im Mittel höher (niedriger) ist als die Wahrscheinlichkeit für den Durchschnitt der Stichprobe von 1991. Ein Anstieg des Parameterwerts dokumentiert, dass sich die Wahrscheinlichkeit der Beschäftigung für die betrachtete Gruppe gegenüber einem durchschnittlichen Individuum verschlechtert hat.

Abb. 3: Relative Häufigkeit von Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit nach Ausbildungsgrad*, 1991 – 2001



* Referenz: Durchschnitt der Gesamtstichprobe 1991.

Quelle: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung



„IZA Tower Talk“ erfolgreich gestartet – Chef der Bundesanstalt für Arbeit zu Gast in Bonn

Mit dem hochkarätigen Premierengast *Florian Gerster*, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit (BA), startete am 29. Januar 2003 die neue Veranstaltungsreihe „IZA Tower Talk“ im erst kürzlich eingeweihten „Post Tower“ in Bonn. In seinem Gastvortrag und der anschließenden Diskussion mit *Hilmar Schneider*, IZA-Direktor für Arbeitsmarktpolitik, prangerte Gerster Missstände am deutschen Arbeitsmarkt an und erläuterte die Aufgaben seiner Institution bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In seiner Begrüßungsansprache hob der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Post World

Frühverrentung zum Stellenabbau“ müsse gestoppt werden. Konkret schlug der Chef der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit darüber hinaus eine Absenkung der Laufzeit des Arbeitslosengeldes bei älteren Arbeitslosen von 32 auf 18 Monate vor, um bestehende Fehlanreize zu korrigieren. (Diesen auch vom IZA befürworteten Vorschlag hat die Bundesregierung unterdessen aufgegriffen – *Anm. der Redaktion.*)

Gerster kritisierte die „traditionelle Denkweise“ in der Rentenpolitik. Es könne nicht sein, dass das Rentenniveau als unveränderliche „fixe Variable“ aufgefasst werde, während die

mit deutlich mehr Optimismus entgegen als noch vor einem Jahr. Trotzdem sei die BA immer noch durch eine „detailverliebte Reglungsdichte überfordert“ und könne dem Ideal eines „Mittlers zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt“ deshalb kaum nachkommen.

Im anschließenden „Tower Talk“ mit Hilmar Schneider gab Gerster für das laufende Jahr 2003 das Ziel vor, eine Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitslosigkeitsdauer um eine Woche zu erreichen. Allein diese Maßnahme würde jährlich 100.000 Arbeitslose weniger bedeuten. Gerster zeigte sich davon überzeugt,



Tower Talk: Florian Gerster und Hilmar Schneider



von links: Klaus F. Zimmermann, Florian Gerster, Klaus Zumwinkel, Hilmar Schneider

Net und Präsident des IZA, *Klaus Zumwinkel*, das Bekenntnis seines Unternehmens zu umfassenden ökonomischen Reformen in Deutschland hervor. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* appellierte an die Politik, jetzt die Kraft zur notwendigen Kurskorrektur auf dem Arbeitsmarkt zu finden, bevor sich das Zeitfenster für die erforderlichen Schritte wieder schließe.

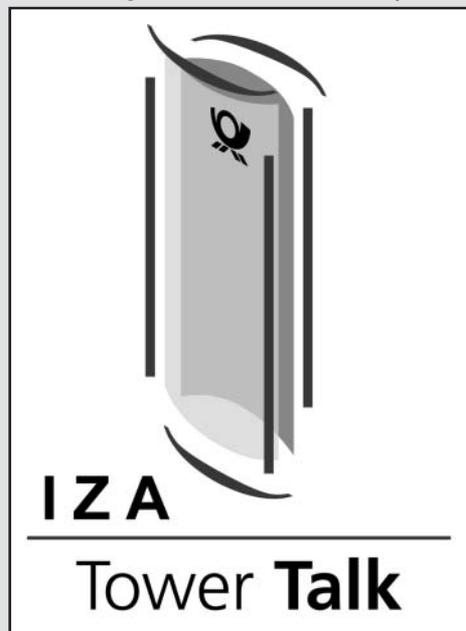
Florian Gerster stellte dem „kranken Mann“ Deutschland zu Beginn seines Vortrags ein schlechtes Zeugnis aus. Die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt verlange nach einem „Überdenken sozialer Standards“. Rund 34% der derzeitigen Staatseinnahmen würden heute für soziale Zwecke aufgewendet. Hinzu komme, dass die Lohnnebenkosten mit einer Quote von über 42% „den Arbeitsmarkt abwürgen“, so Gerster. Der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit identifizierte deshalb die „Entlastung des Faktors Arbeit als Primärziel“ der Politik und mahnte zur Kooperation aller politisch verantwortlichen Kräfte.

Parallel müssten auch „Veränderungen im Anreizsystem“ vorgenommen werden. Gerster kritisierte, dass heutzutage nur jeder sechste oder siebte durch Pensionierung frei gewordene Arbeitsplatz durch junge Arbeitskräfte neu besetzt werde. Dieser „Missbrauch der

Einnahmen aus den Sozialbeiträgen als „bewegliche Variable“ diese feststehenden Ansprüche abzusichern hätten. „Wieviel Sozialstaat in dieser Dimension kann sich eine Volkswirtschaft leisten?“, fragte Gerster.

Die Situation im eigenen Haus beschrieb er als schwierig. Man sehe der Zukunft jedoch

dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung bereit sei plausible Reformanstrengungen zu unterstützen.



Die „IZA Tower Talk“-Reihe thematisiert Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik. Hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft präsentieren geladenen Gästen ihren Standpunkt und stellen sich der Diskussion. Erklärtes Ziel dieser neuen IZA-Initiative ist es, den Reformprozess am deutschen Arbeitsmarkt kreativ zu unterstützen und voranzutreiben. Moderiert werden die IZA Tower Talks von Hilmar Schneider, IZA-Direktor für Arbeitsmarktpolitik. Veranstaltungsort ist der „Post Tower“, die neue Konzernzentrale der Deutsche Post World Net in Bonn.

Klaus F. Zimmermann verlängert Vertrag als IZA-Direktor



K. F. Zimmermann K. Zumwinkel

Klaus F. Zimmermann hat seinen Vertrag als Direktor des IZA verlängert. Mit der Deutsche Post World Net, die das IZA im Rahmen ihrer Sponsoringaktivitäten maßgeblich unterstützt,

erzielte er Einigkeit über einen neuen Fünfjahresvertrag als IZA-Chef. Damit leitet einer der profiliertesten deutschen Ökonomen auch weiterhin diese in der deutschen Forschungslandschaft einmalige Einrichtung.

Das IZA wurde 1998 auf Initiative der Deutsche Post World Net gegründet. Das Engagement des Unternehmens im Wissenschaftsbereich sichert die Unabhängigkeit des IZA und versetzt es in die Lage, eine kritisch-konstruktive Rolle in Grundlagenforschung und Politikberatung zu spielen.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Post World Net und Präsident des IZA, Klaus Zumwinkel, äußerte die Erwartung, dass das IZA unter Zimmermanns Führung „seine Erfolgsge-

schichte weiterschreiben und wie bisher einen aktiven Beitrag zur Bewältigung der drängenden Fragen des Arbeitsmarktes in Deutschland leisten“ werde.

IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann, der zugleich auch Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist und in Bonn wie Berlin Ökonomie lehrt, würdigte das kontinuierliche Engagement der Deutschen Post für die Arbeitsmarktforschung als wegweisend für eine fruchtbare Partnerschaft von Wirtschaft und Wissenschaft in Zeiten einer angespannten öffentlichen Finanzlage. „Das IZA hat sich längst in der nationalen und internationalen Arbeitsmarktforschung etabliert und wird seiner Stimme auch in Zukunft Gewicht verleihen“, so Zimmermann.



Deutsche Post und IZA engagieren sich weiter für die Bonn Graduate School of Economics

Eine Erfolgsgeschichte wird fortgeschrieben: Nach fünf Jahren hervorragender Zusammenarbeit zwischen der Universität Bonn, dem privaten Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) und der Deutsche Post-Stiftung wurde deren finanzielles Engagement für die Bonn Graduate School of Economics (BGSE) um weitere fünf Jahre verlängert.

Das gleichfalls von der Deutsche Post World Net geförderte IZA baut seine Unterstützung für die BGSE systematisch aus. Mit Beginn des nächsten Semesters wird das ohnehin bereits attraktive Lehrangebot des IZA im Rahmen der

BGSE durch zusätzlich mit Lehraufgaben betraute IZA-Wissenschaftler noch erweitert (↗). Auch in Zukunft profitiert die Graduate School zudem von dem weltweit geknüpften Fellow-Netzwerk des IZA: Zahlreiche renommierte Ökonomen aus aller Welt kommen auf Einladung des IZA als Gastwissenschaftler nach Bonn und erörtern im Rahmen der verschiedenen Seminarprogramme von Universität und IZA aktuelle Forschungsergebnisse und -methoden mit den Bonner Nachwuchswissenschaftlern. Darüber hinaus ist das IZA in die Maßnahmen zur Stärkung der Internationalität der Graduate School eingebunden. Nicht zu-

letzt stellt das IZA ausgewählten Doktoranden der BGSE auch weiterhin voll ausgestattete Arbeitsplätze sowie seine gesamte Forschungsinfrastruktur zur Verfügung. Die bisherigen „Resident Research Affiliates“ der BGSE am IZA haben mittlerweile unter der Betreuung von IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann erfolgreich ihre Dissertationen abgeschlossen.

Die kontinuierliche Kooperation zwischen IZA und der Universität Bonn ist ein Beleg für die fruchtbare Zusammenarbeit staatlicher und privat geförderter Forschungs- und Bildungseinrichtungen.



Armin Falk

Armin Falk wird IZA-Forschungsdirektor und Universitätsprofessor in Bonn

Mit Wirkung zum 1. Oktober 2003 übernimmt Armin Falk die Aufgabe des IZA-Forschungsdirektors und wird zugleich ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn. Das IZA verstärkt damit seine aktive Rolle in der universitären Lehre und Forschung. Armin Falk studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Köln und promovierte 1998 an der Universität in Zürich. Zur Zeit vertritt er den Lehrstuhl von Ernst Fehr an der Universität Zürich. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Verhalten-

und Arbeitsökonomie, Wirtschaftspsychologie und experimentelle Ökonomie. Er befasst sich intensiv mit der Psychologie von Anreizen, der Beschaffenheit unvollständiger Märkte, verschiedenen Phänomenen sozialer Interaktion sowie Gründen für Lohnrigiditäten. Armin Falk hat in zahlreichen Fachzeitschriften publiziert (u. a. Journal of Political Economy, Scandinavian Journal of Economics, Economics Inquiry und European Economic Review). IZA Compact wird in einer kommenden Ausgabe ausführlich über Armin Falks neue Aufgaben als IZA-Forschungsdirektor berichten.

Christian Belzil verstärkt IZA-Team und universitäres Lehrangebot

Ab Sommer 2003 wird Christian Belzil das IZA-Team auf Teilzeit-Basis verstärken und im Rahmen seiner Arbeit die Lehrtätigkeit des IZA an der Universität Bonn und der Bonn Graduate School of Economics intensivieren. Christian Belzil absolvierte zunächst ein Masterstudium an der Université de Montréal und promovierte 1990 an der Cornell University. Zur Zeit hat er einen Lehrstuhl für Ökonomie an der Concordia University in Montreal inne. Zu seinen Veröffentlichungen zählen Arbeiten zur Ökonomie von Bildung und Humankapital, zu den Auswirkungen der Arbeitslosenversicherung auf den Arbeitsmarkt und zu den Unterschieden in der Arbeitsplatzsuche von Arbeitslosen und Arbeitnehmern in einem festen Arbeitsverhältnis. Darüber hinaus beschäftigt sich Christian Belzil mit den Auswirkungen von Arbeitsplatzschaffung und -abbau auf die Lohnentwicklung. Seine Arbeiten wurden in zahlreichen Fachzeitschriften veröffentlicht (u. a. Econometrica, Review of Economics and Statistics, Journal of Labor Economics und Journal of Applied Econometrics).



Christian Belzil

KURZBERICHTE

+++ IZA lädt zur Bewerbung für die Bonn Graduate School of Economics ein / Bewerbungsschluss 15. Mai 2003 +++

IZA und Bonn Graduate School of Economics laden herausragende Studierende mit einem Diplom/Masterabschluss in Wirtschaftswissenschaften oder verwandten Disziplinen wie Mathematik, Statistik, Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsprüfung und Finanzierung dazu ein, sich um ein Doktorandenstudium an der Bonn Graduate School of Economics (BGSE) zu bewerben. Die Bonn Graduate School of Economics bietet ein umfangreiches Studienangebot im Bereich der Mikro- und Makroökonomie sowie in angewandter Ökonometrie an. Das IZA spielt eine tragende Rolle im Rahmen der Doktorandenausbildung an der BGSE. Ebenso beteiligt sich das IZA an der Auswahl und der Betreuung der Promotionsstudenten. Regelmäßig bietet das Institut auch Vorlesungen und Seminare aus dem Bereich der Ökonometrie und der Arbeitsökonomie an. Eine begrenzte Zahl von BGSE-Studenten hat die Möglichkeit als Resident Research Affiliate am IZA zu arbeiten. Der nächst mögliche Einstiegstermin für die Bonn Graduate School of Economics ist der 1. Oktober 2003. Bewerbungsschluss ist der 15. Mai. In begrenztem Umfang vergibt die BGSE Fördergelder. Weitere Informationen unter: www.bgse.uni-bonn.de.



+++ „Empirische Arbeitsmarktanalyse“ 1.-12. September 2003 in Köln / Anmeldefrist 31. Juli +++

Ein vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung und IZA gemeinsam veranstaltetes internationales Seminar zur empirischen Arbeitsmarktanalyse richtet sich an Postgradu-

ierte und Doktoranden, die sowohl ihr theoretisches Wissen als auch ihre Erfahrung im Umgang mit Mikrodaten erweitern möchten. In der ersten Woche werden zunächst grundsätzliche theoretische und methodische Aspekte bei der Analyse von Arbeitsmarktdaten beleuchtet. Vertiefte Kenntnisse vermittelt die zweite Seminarwoche, indem empirische Analysen ausgewählter Arbeitsmarktstatistiken vorgenommen werden. Das Seminar umfasst sechs fünftägige Einheiten, die teils parallel zur Auswahl stehen. Interessierte sollten grundlegende statistische und ökonometrische Kenntnisse mitbringen und über Erfahrung im Umgang mit Statistik-Software verfügen. Anmeldung und weitere Informationen unter <http://www.gesis.org/Veranstaltungen/ZA/CSS/index.htm>. Als Ansprechpartner steht *Rainer Metz* (Tel.: +49-221-47694-36 e-mail: metz@za.uni-koeln.de) zur Verfügung.



+++ Erfolgreiche 6. IZA European Summer School in Labor Economics +++

Vom 7.-13. April fand die 6. IZA Summer School in Labor Economics im Management-Zentrum der Deutschen Post World Net in Buch am Ammersee statt. Erneut hatten ausgewählte Doktoranden die Möglichkeit, ihre Forschungsergebnisse mit renommierten Wissenschaftlern aus verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Fachgebieten zu diskutieren. *Jeffrey A. Smith* (University of Maryland und IZA) referierte zum Thema „Evaluation of Active Labor Market Programs“. Anhand praktischer Beispiele erläuterte er aktuelle Entwicklungen im Bereich der Statistik zur Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. *Christopher A. Pissarides* (London School of Economics und IZA) erörterte „The Search

and Matching Approach to the Analysis of Labor Markets“. Die vorgestellten Forschungsarbeiten der teilnehmenden Doktoranden deckten ein breites Themengebiet der Arbeitsökonomie ab. Unter anderem wurden Analysen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik in verschiedenen Ländern, zu Arbeitskräfteangebot und geschlechtsspezifischen Unterschieden auf dem Arbeitsmarkt sowie zur Wechselwirkung von Humankapitalausstattung und Arbeitsmarkterfolg vorgestellt.



+++ IZA-Fellow Avi Weiss übernimmt Amt des Chefökonom der israelischen Kartellbehörde +++



IZA Research Fellow *Avi Weiss*, Wirtschaftsprofessor an der Bar-Ilan Universität in Ramat-Gan, Israel, hat im März 2003 das Amt des Chefökonom und stellvertretenden Generaldirektors der israelischen Kartellbehörde übernommen. Als Leiter eines Mitarbeiterstabes von über einem Dutzend fachlich erfahrenen Ökonomen will Weiss seine Expertise auf dem Gebiet des Kartellwesens nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der israelischen Wirtschaft zu stärken. Weiss wird weiterhin in Forschung und Lehre aktiv sein und auch dem IZA als Research Fellow eng verbunden bleiben.



IZA Affiliates Associates Uwe Sunde und Wendelin Schnedler erfolgreich promoviert



K. F. Zimmermann, U. Sunde, M. Kräkel

Uwe Sunde, seit zwei Jahren als Resident Research Affiliate am IZA tätig, hat im Februar 2003 erfolgreich promoviert. Er setzt seine wissenschaftliche Arbeit nun als IZA Research Associate fort. Zu seinen Forschungsinteressen zählen vor allem „Search and Matching“, Humankapitalbildung sowie Arbeitsmarktflexibilität. Darüber hinaus wird Uwe Sunde die Zusammenarbeit des IZA mit der Universität Bonn koordinieren. Im Rahmen dieser Kooperation bietet das IZA nicht nur Lehrveranstal-

tungen an, sondern stellt auch mehreren Doktoranden der Bonn Graduate School of Economics die Räumlichkeiten und Ressourcen des Instituts zur Verfügung. Als Resident Research Associates haben sie so die Möglichkeit, sich aktiv an den Forschungsaktivitäten des Instituts zu beteiligen. Uwe Sunde behandelte in seiner Dissertation das Thema „Aggregate Returns to Individual Decisions: Development, Income Inequality and Competition for Jobs and Workers“. Betreut wurde seine Arbeit von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*. Neben Zimmermann fungierten Zweitgutachterin *Monika Merz* sowie *Matthias Kräkel* (beide Universität Bonn und IZA) als mündliche Prüfer.

Auch *Wendelin Schnedler*, der bis September 2002 als Resident Research Affiliate am IZA tätig war, überwand im Februar die letzte Hürde auf dem Weg zum Dokortitel. Seine Dissertation „The Value of Information in Hidden Action Models“ wurde ebenfalls von

IZA-Direktor Zimmermann betreut. Schnedler ist derzeit als Research Fellow am Leverhulme Centre for Market and Public Organisation (CMPO) der Universität Bristol beschäftigt. Zu den ersten Gratulanten zählten *Urs Schweizer* (Bonn Graduate School of Economics) sowie *Matthias Kräkel*, der als Zweitgutachter auftrat.



U. Schweizer, W. Schnedler, K. F. Zimmermann, M. Kräkel

NEUE IZA DISCUSSION PAPERS

Bis April 2003 wurden unter anderem die folgenden IZA Discussion Papers veröffentlicht
(die IZA Homepage hält alle IZA Discussion Papers zum Download bereit):

- 746 Andreas Ammermueller, Hans Heijke, Ludger Woessmann**
Schooling Quality in Eastern Europe: Educational Production During Transition
- 745 Ludger Woessmann**
Educational Production in East Asia: The Impact of Family Background and Schooling Policies on Student Performance
- 744 Martin R. West, Ludger Woessmann**
Which School Systems Sort Weaker Students into Smaller Classes? International Evidence
- 743 Guido Heineck, Johannes Schwarze**
Substance Use and Earnings: The Case of Smokers in Germany
- 742 Richard A. Easterlin**
Building a Better Theory of Well-Being
- 741 Barry T. Hirsch, David A. Macpherson**
Wages, Sorting on Skill, and the Racial Composition of Jobs
- 740 Barry T. Hirsch, Stephen L. Mehay**
Evaluating the Labor Market Performance of Veterans Using a Matched Comparison Group Design
- 739 Michael Fertig**
Who's to Blame? The Determinants of German Students' Achievement in the PISA 2000 Study
- 738 Volker Grossmann**
Managerial Job Assignment and Imperfect Competition in Asymmetric Equilibrium
- 737 Alison Booth, Marco Francesconi, Gylfi Zoega**
Unions, Work-Related Training, and Wages: Evidence for British Men
- 736 Iben Bolvig, Peter Jensen, Michael Rosholm**
The Employment Effects of Active Social Policy
- 735 Raphaël Desmet, Alain Jousten, Sergio Perelman, Pierre Pestieau**
Micro-Simulation of Social Security Reforms in Belgium
- 734 Stefan Wolter**
Sibling Rivalry: A Six Country Comparison
- 733 Stefan Wolter, Stefan Denzler**
Wage Elasticity of the Teacher Supply in Switzerland
- 732 Armin Falk, Andrea Ichino**
Clean Evidence on Peer Pressure
- 731 Barry R. Chiswick, Noyna DebBurman**
Educational Attainment: Analysis by Immigrant Generation
- 730 Mariacristina Piva, Marco Vivarelli**
Innovation and Employment: Evidence from Italian Microdata
- 729 Alexandru Voicu, Hielke Buddelmeyer**
Children and Women's Participation Dynamics: Transitory and Long-Term Effects
- 728 Michael Lechner, Jeffrey A. Smith**
What is the Value Added by Caseworkers?
- 727 Martin Raiser, Mark Schaffer, Johannes Schuchhardt**
Benchmarking Structural Change in Transition
- 726 Steffen Habermalz**
Job Matching and the Returns to Educational Signals
- 725 Steffen Habermalz**
An Examination of Sheepskin Effects Over Time
- 724 John T. Addison, Ralph Bailey, W. Stanley Siebert**
The Impact of Deunionisation on Earnings Dispersion Revisited
- 723 Melvyn Coles, Barbara Petrongolo**
A Test between Unemployment Theories Using Matching Data
- 722 C. Katharina Spiess, Felix Büchel, Gert G. Wagner**
Children's School Placement in Germany: Does Kindergarten Attendance Matter?
- 721 Harminder Battu, McDonald Mwale, Yves Zenou**
Do Oppositional Identities Reduce Employment for Ethnic Minorities?
- 720 Tapio Palokangas**
Labour Market Regulation, Productivity-Improving R&D and Endogenous Growth
- 719 James W. Albrecht, Pieter Gautier, Susan Vroman**
Equilibrium Directed Search with Multiple Applications
- 718 Ekkehart Schlicht**
Consistency in Organization
- 717 Alexander Hijzen, Holger Görg, Robert C. Hine**
International Fragmentation and Relative Wages in the UK
- 716 Michael Rosholm, Lars Skipper**
Is Labour Market Training a Curse for the Unemployed? Evidence from a Social Experiment
- 715 Ernst Fehr, Urs Fischbacher, Bernhard von Rosenblatt, Jürgen Schupp, Gert G. Wagner**
A Nation-Wide Laboratory: Examining Trust and Trustworthiness by Integrating Behavioral Experiments into Representative Surveys
- 714 Michael Fertig**
Educational Production, Endogenous Peer Group Formation and Class Composition - Evidence from the PISA 2000 Study
- 713 Ira N. Gang, John Landon-Lane, Myeong-Su Yun**
Does the Glass Ceiling Exist? A Cross-National Perspective on Gender Income Mobility
- 712 Ernst Fehr, Joseph Henrich**
Is Strong Reciprocity a Maladaptation? On the Evolutionary Foundations of Human Altruism
- 711 Christopher J. Ruhm**
Healthy Living in Hard Times
- 710 Zvi Eckstein, Yoram Weiss**
On the Wage Growth of Immigrants: Israel, 1990-2000
- 709 Leif Danziger, Shoshana Neuman**
Delays in Renewal of Labor Contracts: Theory and Evidence
- 708 Claus Schnabel, Joachim Wagner**
Determinants of Trade Union Membership in Western Germany: Evidence from Micro Data, 1980-2000
- 707 Claus Schnabel, Joachim Wagner**
Trade Union Membership in Eastern and Western Germany: Convergence or Divergence?
- 706 Sourafel Girma, Holger Görg**
Blessing or Curse? Domestic Plants' Survival and Employment Prospects after Foreign Acquisitions
- 705 Giorgio Brunello, Daniele Checchi**
School Quality and Family Background in Italy
- 704 Michael Ransom, Ronald L. Oaxaca**
Intrafirm Mobility and Sex Differences in Pay
- 703 William C. Horrace, Ronald L. Oaxaca**
New Wine in Old Bottles: A Sequential Estimation Technique for the LPM
- 702 M. Ayhan Kose, Eswar Prasad, Marco E. Terrones**
How Does Globalization Affect the Synchronization of Business Cycles?
- 701 Laszlo Goerke, Jakob B. Madsen**
Earnings-Related Unemployment Benefits in a Unionised Economy
- 700 Thomas Bauer**
Flexible Workplace Practices and Labor Productivity
- 699 David N. Margolis, Véronique Simonnet**
Educational Track, Networks and Labor Market Outcomes
- 698 Torben Andersen, Jan Rose Skaksen**
Product Market Integration, Comparative Advantages and Labour Market Performance

IZA-GASTWISSENSCHAFTLER

Von Januar bis April 2003 konnte das IZA die nachfolgenden Ökonomen als Gäste begrüßen und mit ihnen aktuelle Fragen der Arbeitsmarktforschung erörtern:

- John M. Abowd**
(Cornell University)
- Xiaodong Gong**
(Australian National University)
- Robert M. Hutchens**
(Cornell University)
- Ashok Kaul**
(University Pompeu Fabra, Barcelona)
- Bertrand Koebel**
(University of Magdeburg)
- Astrid Kunze**
(Norwegian School of Economics and Business Administration)
- Hartmut Lehmann**
(Heriot-Watt University, Edinburgh)
- Claudio Lucifora**
(University Cattolica del Sacro Cuore)
- Shelly Lundberg**
(University of Washington)
- Erik Plug**
(University of Amsterdam)
- Solomon Polachek**
(Binghamton University, New York)
- Michael Polder**
(BIRC, Maastricht University)
- Jonathan Pingle**
(University of North Carolina, Chapel Hill)
- Pablo Ruiz Verdu**
(University Carlos III, Madrid)
- Jan C. van Ours**
(Tilburg University)
- Arthur van Soest**
(Tilburg University)
- Joachim Wolff**
(University of Munich)

M E I N U N G

Agenda 2010 – Deutschland im Aufbruch



Angesichts der Stagnations- und Strukturfrage, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet, überrascht es nicht, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr auf durchschnittlich 4,5 Millionen Menschen anwachsen wird und 2004 mit einem weiteren Zuwachs gerechnet werden muss. Von Seiten der Makroökonomie kommen derzeit keine Impulse, die eine Besserung erwarten lassen.

Da macht Mut, dass Bundeskanzler Schröder mit der Formulierung seiner „Agenda 2010“ offengelegt hat, wie er die Strukturkrise der deutschen Wirtschaft bewältigen will. Erste Initiativen des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit und die Empfehlungen einer Regierungskommission zur Reform der sozialen Sicherungssysteme („Rürup-Kommission“) machen deutlich, wohin die Reise geht. Grundsätzlich ist die Regierung damit auf dem richtigen Weg. Zu einem deutlichen Aufbruch gehört aber die rasche und konsequente Umsetzung der angekündigten Maßnahmen, zumal sie vielfach nur einen Einstieg in weitere Reformschritte darstellen können. Es wäre fatal, wenn die Widerstände im eigenen sozialdemokratischen Lager des Kanzlers und bei den Gewerkschaf-

ten, aber im Detail auch im Unternehmerlager, zu inhaltlichen und zeitlichen Abstrichen an dem Maßnahmenpaket führen würden.

Der so gern plakativ bekundete Reformeifer der Unternehmensverbände und ihre Kritik an der Reformunfähigkeit der Gewerkschaften werden durch die pauschale Ablehnung der geplanten Reform der Handwerksordnung nicht glaubwürdiger. Die vorgesehene Flexibilisierung des Meisterprivilegs, aufgrund dessen in 94 Berufen nur Inhaber eines Meisterbriefes einen Handwerksbetrieb führen dürfen, würde künftig in 62 Berufen auch Gesellen sofort die Unternehmensgründung ermöglichen. Damit ist auch eine Anpassung an das Recht der Europäischen Union verbunden. In den anderen 32 Berufen, von denen Gefahren für Gesundheit und Leben Dritter ausgehen können, soll Gesellen nach längerer Berufstätigkeit ermöglicht werden, sich selbständig zu machen. Diese und andere Neuregelungen der Handwerksordnung werden mehr Wettbewerb schaffen und bieten die Voraussetzung für einen Ausbau der Beschäftigung. Ungeachtet der strikten Ablehnung durch die Handwerksverbände muss diese Reform deshalb zügig umgesetzt werden. Sie ist nicht zuletzt auch ein Vorbild dafür, wie Verbesserungen des Wettbewerbs die Dienstleistungsmärkte in Bewegung bringen können. Die Reformagenda des Kanzlers hat im Bereich des Gesundheitswesens weitere sinnvolle Zielbereiche für Deregulierungen genannt, die es ebenso konsequent anzupacken gilt.

Mutig und richtig sind auch die vorgesehenen Regelungen der Agenda 2010, das Arbeitslosengeld künftig auf in der Regel 12 Monate zu begrenzen, die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe auf dem einheitlichen Niveau der Sozialhilfe zusammenzuführen und dem Arbeitsamt auch die Vermittlung der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zu übertragen. Dies schafft Effizienzgewinne in der Verwaltung, entlastet die Gemeinden und erhöht den Druck auf die Arbeitslosen, Arbeit anzunehmen. Naturgemäß sind diese Vorschläge politisch nicht leicht umzusetzen. Ihre Realisierung würde aber den Sozialstaat im Arbeitsmarktbereich auf fairem Niveau sichern.

Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist aufgrund ihrer Koppelung an die immer kleiner werdende Zahl der Erwerbstätigen eine weitere gravierende Reformbaustelle der Agenda 2010. Auch hier hat der Bundeskanzler erste Akzente gesetzt – die inzwischen vorliegenden Vorschläge der Rürup-Kommission weisen nun den Weg zu erheblichen Strukturreformen. Insbesondere die Kosten des Gesundheitssystems bereiten immer mehr Sorge. Die Kommission hat als alternative Lösungskonzeptionen die Ausweitung der Krankenversicherung zu einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung oder die Schaffung eines Systems einkommensunabhängiger Gesundheitsprämien in Verbindung mit einem steuerfinanzierten sozialen Ausgleich propagiert. Die Prämienlösung sichert am ehesten die nötige Allokationseffizienz. Gesellschaftspolitische Leistungen sollten steuerfinanziert und das Kostenbewusstsein der Nachfrager nach Gesundheitsdienstleistungen durch vermehrte Eigenbeteiligung gestärkt werden.

Dagegen stehen weitere deutliche Veränderungen bei der Rentenversicherung noch aus. Wie die Rürup-Kommission zu Recht feststellt, ist eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre, eine Abkehr von der Politik der Frühverrentung sowie eine Korrektur der Rentenformel nötig, bei der das sich verschlechternde Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern Berücksichtigung findet. Das allein wird freilich nur den Anstieg der Beitragssätze begrenzen, aber nicht sicher stellen, dass die Belastungen nachhaltig gesenkt werden.

Zwar gehen viele der Reformpläne noch nicht weit genug. Dennoch könnte das Gesamtpaket der jetzt diskutierten Maßnahmen einen beachtlichen Schub in die richtige Richtung auslösen. Ihre Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung werden dabei um so größer sein, je mehr darauf verzichtet wird, die derzeitige Konjunkturkrise durch weitere fiskalische Einsparmaßnahmen zu verschärfen.

K. F. Zimmermann



Forschungsinstitut
zur Zukunft
der Arbeit

IMPRESSUM

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hinte
IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn
Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 180
e-mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Layout/Druck: Verlag Erik Dynowski, Köln